



Antrag

Vorlage: AT/0140/2023		Datum: 23.10.2023	
Verfasser:	02-Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen	Az.:	
Betreff:			
Antrag der Ratsfraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE-PARTEI. zu Awarenesskonzepten für Veranstaltungen in Koblenz			
Gremienweg:			
16.11.2023	Stadtrat	<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mehrheitl.
		<input type="checkbox"/> abgelehnt	<input type="checkbox"/> Kenntnis
		<input type="checkbox"/> verwiesen	<input type="checkbox"/> vertagt
		<input type="checkbox"/> Enthaltungen	<input type="checkbox"/> Gegenstimmen
	TOP		öffentlich
			ohne BE
			abgesetzt
			geändert

Beschlussentwurf:

Der Stadtrat beschließt:

- Bei öffentlichen Veranstaltungen, die von oder mit der Stadt Koblenz geplant werden, Awarenesskonzepte vorzulegen.
- Zu prüfen, ob die Vorlegung eines Awarenesskonzeptes bei geplanten Veranstaltungen im Stadtgebiet als verpflichtende Auflage aufgenommen werden kann.
- Zu prüfen, inwieweit Veranstaltende vertraglich verpflichtet werden können, dass die eingesetzten Sicherheitsdienste eine Schulung des Personals zum Umgang mit Belästigung, sexualisierten Übergriffen und Diskriminierung nachweisen müssen.

Begründung:

Ausgehen und Veranstaltungen im Stadtgebiet Koblenz zu besuchen, gehört für viele Menschen zu einem guten Leben dazu. Im öffentlichen Räumen sowie bei öffentlichen Veranstaltungen kann es immer wieder zu grenzüberschreitendem Verhalten kommen. Betroffen hiervon sind insbesondere Personen, die Diskriminierung wie Sexismus, Queerfeindlichkeit, Rassismus, Ableismus oder Antisemitismus erleben.

Veranstaltungen in Koblenz müssen für alle Menschen sicher sein und alle Menschen müssen sich in Koblenz wohlfühlen können.

Um gewährleisten zu können, dass sich während öffentlichen Veranstaltungen in Koblenz alle Menschen, insbesondere BiPoc, Frauen und LGBTQIA+, wohlfühlen können, spielen Awarenesskonzepte bei öffentlichen Veranstaltungen eine wichtige Rolle.

Finanzielle Auswirkungen:

Auswirkungen auf den Klimaschutz: